DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 16. Landesparteitages 13.-14. November 2021

B. Berichte

B.5. Bericht zur Strukturdebatte an den Landesparteitag an den 16. Landesparteitag 1. Tagung

Einreicher*innen: Steuerungsgruppe

Auf der 2. Tagung des 15. Landesparteitages wurde mit dem Leitantrag beschlossen, dass im Landesverband eine Strukturdebatte geführt werden muss, um die strukturellen Probleme insbesondere in den Kreisverbänden, aber auch durch den Wegfall von Landtagsmandaten, abzufedern. Dazu wurde bereits auf der Novembersitzung 2019 des Landesvorstands eine Struktur-AG ins Leben gerufen. Die Arbeitsgruppe bestand aus dem Betriebsrat, dem Leiter der Landesgeschäftsstelle, dem verantwortlichen Mitarbeiter für die Kreis- und Stadtverbände, einem Sprecher des Landesrates und der Landesgeschäftsführerin. Auf der gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes mit dem Landesrat, den Kreisvorsitzenden und dem Fraktionsvorstand im Dezember 2019 wurde das Konzept zur Strukturdebatte beschlossen.

Nach dem Konzept gliederte sich die Strukturdebatte in fünf Teile:

1. **Steuerungsgruppe** (Inhaltliche Vor- und Nachbereitung des Strukturplenums, Beschlussvorbereitung auf Grundlage der Absprachen im Strukturplenum und der Ergebnisse des Basisbeteiligungsprozesses, Zusammensetzung: LGF, LSM, zwei Mitglieder des Landesrates, Betriebsrat)
2. **Strukturplenum** (begleitete Strukturdebatte inhaltlich als beratendes Gremium) Die Zusammensetzung der 39 Mitglieder bestand zum großen Teil aus Mitgliedern der unteren Strukturen der Partei.
   - **zwei Vertreter*innen Landevorstand**
   - **zwei** Vertreter*innen **Landesrat**
   - **vier** Vertreter*innen **Landesweite Zusammenschlüsse /Landesarbeitsgemeinschaften**
   - **26** Vertreter*innen aus den **Kreisverbänden**
   - **zwei** Vertreter*innen des **Jugendverbandes**
   - **zwei** Vertreter*innen der **Landessenior*innenkonferenz**
   - **ein** Mitglied des **Betriebsrates**
3. **Analyse-Papier zu Mitglieder- & Strukturentwicklung**
4. **Mitgliederbefragung**
5. **Regionalkonferenzen**

Es gab auch die Möglichkeit, sich schriftlich über die Homepage des Landesverbandes zu beteiligen, welche jedoch nicht genutzt wurde.

<u>Strukturplenum:</u>

In seiner ersten Sitzung befasste sich das Strukturplenum mit einem Analysepapier zur Mitglieder- & Strukturentwicklung und der eigenen Schwerpunktsetzung. Danach folgten die Analyse der Regionalkonferenzen sowie die Auswertung der Mitgliederbefragung. Es folgte ein zeitweises Arbeiten in Arbeitsgruppen (Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, Struktur des Landesverbandes, Wie können wir Mitglieder binden?, Digitalisierung). Die Gruppen haben in unterschiedlicher Intensität gearbeitet.

Das Strukturplenum entschied sich, die Ergebnisse der Debatte auf dem sogenannten „kleinen Parteitag“ zu beraten und nach dem Prinzip von Alternativ-Varianten die künftigen Strukturanpassungen zu diskutieren. In den letzten zwei Sitzungen des Strukturplenums wurden die Anträge für die gemeinsame Beratung erarbeitet.

Bis zum Schluss waren nicht alle Mandate besetzt und die Teilnahme insbesondere der Vertreter*innen der Stadt-/Kreisverbände hätte besser sein können. Die anfänglich große Beteiligung hat im Verlauf abgenommen, u.a. aufgrund von Mehrfachbelastung vieler Akteur*innen, was ein Symptom des aktuellen Zustandes darstellt.

Analyse-Papier zu Mitglieder- & Strukturentwicklung

Seit vielen Jahrzehnten ist ein Rückgang der Mitgliedschaft zwischen -4,5 und -5,5 % pro Jahr festzustellen. Weiterhin konnte festgestellt werden, dass der Teil an aktiven Mitgliedern immer schneller zurückgeht. In diesem Zusammenhang steht natürlich auch ein Rückgang der finanziellen Ressourcen. Das Wegbrechen des politischen Ehrenamtes, welchem bisher trotz verschiedener Maßnahmen nicht erfolgreich entgegengewirkt werden konnte, führt zu einer Überlastung der vorhandenen Aktiven im Haupt- und Ehrenamt.

Weiterhin vergrößert sich die Gefahr, dass nicht mehr alle notwendigen Aufgaben erfüllt werden können.

Mitgliederbefragung:

Gemeinsam mit einem Soziologen haben wir einen Fragebogen zur Mitgliederbefragung entworfen. Zusätzlich wurden dem Fragebogen in Zusammenarbeit mit der AG Mitgliederentwicklung noch spezifische Fragen speziell für weibliche Mitglieder sowie spezifische Fragen zu Mediennutzung, angefügt. Alle Mitglieder mit einer E-Mail-Adresse haben die Befragung per Onlinelink bekommen, alle Mitglieder ohne E-Mail-Adresse haben die Abfrage per Post erhalten. Die Rücklaufquote der Umfrage betrug 22,4 Prozent und die Teilnehmer*innen spiegelten die Mitgliederstruktur (Alter, Geschlecht, Stadt/Land , ...) des Landesverbandes sehr gut wider.

Die Partei spielt für 70 Prozent der Antworter*innen eine große oder sehr große Rolle, dennoch nehmen 72 Prozent keine Parteifunktionen wahr; 88 Prozent keine öffentlichen Mandate mehr. Viele Genoss*innen, die sich an der Befragung beteiligt haben, wünschen sich mehr thematische Veranstaltungen sowie politische Bildung.

Bei der Kommunikation zeigen sich schon größere Unterschiede, wobei noch 70 Prozent einen PC benutzen und 68 Prozent ihre E-Mails öfters abrufen (also fast alle PC-Nutzer*innen), so nutzen generell nur 23 Prozent Facebook öfter zur Kommunikation. 88 Prozent der Befragten informieren sich immer durch das öffentlich-rechtliche Fernsehen und 73 Prozent durch Tageszeitungen und 68 Prozent durch das Radio, aber nur 18 bzw. 17 Prozent durch Facebook oder YouTube. Wobei sich in der Gesellschaft gerade ein Wandel hin zu sozialen Medien vollzieht.

Insgesamt kann auch festgestellt werden, dass immer weniger Genoss*innen bereit sind, einen großen Teil ihrer Freizeit für Parteiarbeit aufzubringen.

Regionalkonferenzen:

Von den geplanten 5 Regionalkonferenzen konnten aufgrund von Corona leider nur 3 Konferenzen stattfinden. Neben der gemeinsamen Aufgabenanalyse der Strukturen auf Kreisebene erfolgte eine

Auswertung, welche Aufgaben im Ehrenamt noch schaffbar sind und auf welche Aufgaben nicht verzichtet werden kann.

Es kann festgestellt werden, dass Aufgaben, die essentiell wären, wie z.B. die Personalpolitik, die Durchführung von Kampagnen oder eine koordinierte Presse- und Medienarbeit, in vielen Kreisen nicht mehr schaffbar sind. Dasselbe Bild zeigt sich auch in den Ortsverbänden, wobei hier noch das Problem auftritt, dass viele Ortsverbände nicht mehr in der Lage sind, ihre Ortsvorstände zu besetzen, insbesondere die Plätze für die Mindestquotierung. Auch Aussagen wie „Ehrenamtliche werden in den Strukturen verbrannt“ sind keine Seltenheit. Es wurde festgestellt, dass viele Strukturen auf den verschiedenen Ebenen (Orts- bzw. Stadtvorstand/Kreisvorstand) ihre Aufgaben nur eingeschränkt oder nicht mehr wahrnehmen können. Leider existieren viele Strukturen auf Ortsverbandsebene nur noch auf dem Papier.

Änderungswünsche aus den Regionalkonferenzen an die Parteistruktur:

- in Kreisverbänden Konzentration auf Politik, nicht auf Verwaltung
- Anpassung Technik/Arbeitsprogramme auf die heutige Zeit
- Möglichkeit einer ebenen-übergreifenden, langfristigen Kampagnenarbeit
- langfristige Zielstellungen über Legislaturen hinweg
- stärkere Einbindung und stärkeres Mitdenken der linksjugend
- dass Alltag & Leben mit Parteiarbeit vereinbar wird
- Wertschätzung von parteiunabhängigem Engagement > „Danke, dass ihr das tut.“
- dass die Partei mit vielen anderen politischen Gruppen zusammenarbeitet
- geschlechtersensible Konzepte

Ausblick

Die Strukturdebatte sollte eigentlich bereits im Jahr 2020 beendet sein. Aufgrund der Coronapandemie hat sich die Debatte in die Länge gezogen, so dass sie erst im Sommer 2021 beendet wurde. Es handelte sich bei dieser Strukturdebatte nicht um die erste Strukturdebatte des Landesverbandes. Leider waren bisher alle Strukturdebatten ohne Erfolg. Die vorherigen beiden Strukturdebatten sind aus unterschiedlichen Gründen, zum großen Teil aber daran gescheitert, weil Strukturveränderungen an vorhandenen (Struktur-)Einheiten einzeln abgearbeitet wurden und die jeweiligen Akteur*innen gerade in ihrem Bereich keine Veränderungen wollten. Jede dieser (Struktur-)Einheiten (also z.B. LaVo, LaRa, LAG-Sprecher*innen, KVs, Partei-Büro-Freunde, ...) hat Vertreter*innen mit durchaus legitimen Partikular-Interessen. Jede dieser Struktureinheiten kann für sich genommen sinnvoll sein. In einer Partei mit stark schwindenden Mitgliedern, rapide schwindenden Aktiven und allmählich schwindenden Finanzen nützt es nichts, wenn jede Struktureinheit ihren individuellen Nutzen begründet, da der Nutzen häufig gar nicht angezweifelt wird. In einer Partei mit schwindenden Ressourcen ist vielmehr zu entscheiden, welche der (fast immer nützlichen) Struktureinheiten prioritär sind, das strukturelle Überleben der Partei zu sichern. Strukturveränderungen sind langfristige Veränderungen und müssen daher auch langfristig funktionieren, nicht nur für 2-3 Jahre als Versuchsmodell oder durch Anzapfung der Reserve.
Außerdem müssen Herausforderungen ganzheitlich gelöst werden. Es nützt nichts, ein Problem kurzfristig zu lösen und gleichzeitig 3 neue Probleme aufzumachen (und unbearbeitet im Raum stehen zu lassen). Die formalen Strukturen im Landesverband (Landevorstand + Kreisebene) sind weitestgehend die gleichen wie bei der Parteigründung 2007. Die Mitglieder- (nominell - 47 %) und die Aktiven-Situation haben sich jedoch gravierend geändert.

Auch die jetzige Debatte hat durchaus Änderungsvorschläge gebracht, welche aber größtenteils nicht angenommen worden sind. Die Situation auf allen Ebenen, insbesondere in den Kreisverbänden, hat sich jedoch nicht verbessert. Das Problem scheint auch vielen Genoss*innen klar zu sein. Bei einem Erhalt des Status quo wird (sehr wahrscheinlich) auch die beschriebene Entwicklung auf Landes- und Kreisebene mit allen Begleiterscheinungen weiter voranschreiten.